

LESERBRIEFE

«Handy-Streit» in Triesenberg

Zuerst möchte ich unseren beiden Landeszeitungen Volksblatt und Vaterland einmal ein Kränzchen wünden: Ich finde es einfach grossartig, dass man über unsere beiden Landeszeitungen Informationen weitergeben und Diskussionen führen kann.

Nun zum aktuellen Thema Mobilfunkantennen. Bei der Gesundheitsgefährdung durch gepulste Hochfrequenzstrahlung geht es mir und allen, welche die Initiative in Triesenberg unterschrieben haben, nicht um einen «Handy-Streit», wie das Vaterland gestern auf der Frontseite titelte, sondern um ein sehr ernsthaftes Anliegen: um unsere Gesundheit. Ganz offenbar haben sich einige aber noch zu wenig mit der schwerwiegenden Problematik auseinandergesetzt, sonst könnte man nicht so oberflächlich und unbekümmert Entscheide fällen, wie es die Regierung in Sachen Mobilfunkantennen macht, oder solche Titel setzen, wie das Vaterland von gestern.

Ich bedauere es auch, dass für unsere Regierung die Gesundheit kein Thema ist und dass sie ausschliesslich auf das Baugesetz pocht, um die Mobilfunkantennen um jeden Preis aufstellen zu können. Gottseidank haben unsere Ahnen in den Gesetzen aber doch noch ein wenig den Aspekt «Gesundheit» einfließen lassen. In Artikel 14 der Verfassung, so sagte mir kürzlich Landtagspräsident Dr. Peter Wolff an der Verfassungsdiskussion in Triesenberg, sei der gesundheitliche Aspekt sehr wohl unter «Volkswohlfahrt» enthalten. Dennoch kommt einer seiner Angestellten im für die Gemeinde Triesenberg gemachten Rechtsgutachten zum Schluss, dass die Initiative ungültig sei, weil Antennen eben keine Baukörper seien... Also gilt doch nur das Baugesetz...? - Zudem ist zu bedenken: Das von der Gemeinde Triesenberg eingeholte Rechtsgutachten, das die Initiative für ungültig erklärt, stammt aus der Anwaltskanzlei von Dr. Peter Wolff, VU-Landtagsabgeordneter und Landtagspräsident... - Ich mag Dr. Peter Wolff als aufgestellten Politiker mit klaren Aussagen, aber dass seine Anwaltskanzlei zu dieser politisch brisanten Initiative Stellung bezieht und zum Schluss kommt, dass die Initiative nicht rechtens ist, «weil Antennen keine Baukörper sind», das liegt einfach unter allem Niveau und erschüttert mein bisheriges Vertrauen sehr.

Ich erachte die Auseinandersetzung um die Mobilfunkantennen nicht als «Streit», dafür ist mir die Sache zu wichtig. Dass aber bisher die Parteipolitik über allen Entscheiden und Massnahmen lag, bedauere ich sehr. Ich möchte eine sachliche Auseinandersetzung mit diesem Thema. Es geht mir dabei um gar nichts anderes als um unsere Gesundheit und unser langfristiges Wohlbefinden. Wenn sich schon unser Landesphysikus und unsere Ärzte zu diesem brisanten Thema in Schweigen hüllen, dann soll wenigstens ein parteiunabhängiger armer Schlucker, wie ich es im Vergleich zu anderen Kapazitäten bin, seine Bedenken unter die Leute bringen, ist meine Philosophie. Oder was glauben Sie? Ist es etwa verantwortungsvoll seitens unserer Ärzteschaft, wenn sie sich aus der

Strahlendiskussion raushält und überhaupt nichts unternimmt, um präventiv und verantwortungsvoll für die Gesundheit der Bevölkerung einzustehen? Oder, ganz bösartig formuliert, wartet man dort schon auf die strahlengeschädigten, depressiven, an Schlafstörungen und Missbildungen leidenden Patienten... Wie anders ist es sonst zu erklären, dass unsere Medizinmänner und Medizinfrauen ihre Augen und Ohren schliessen und sich in Schweigen hüllen?

Nun zurück zum Handy-Streit-Artikel. Ich möchte Folgendes klarstellen:

1. Im gestrigen Vaterland wird acht Mal der Name «Klaus Schädler» erwähnt, davon allein dreimal auf der Frontseite. Ich habe den Eindruck, dass man damit die Bedeutung der Initiative dem «Hirngespinnst» einer einzigen Privatperson «in die Schuhe schieben» möchte. Ich habe keine Unterschriften gesammelt, sondern lediglich einen Initiativbogen an alle Haushalte verschickt. Meine Philosophie war folgende: Wenn den Menschen in Triesenberg und im Alpengebiet die Gesundheit etwas wert ist und sie sich dafür einsetzen möchten, haben sie mit der Initiative dazu Gelegenheit. Und siehe da: In nur zwei Wochen gingen bei mir 364 Unterschriften von besorgten Menschen ein. Das grosse Interesse an der Erhaltung unserer Gesundheit und an unserem gemeinsamen Wohlergehen freut mich natürlich sehr. Ich danke allen von Herzen, welche mit ihrer Unterschrift eine Gemeindeabstimmung ermöglicht haben. Ich bin sicher, dass noch sehr viele ähnlich denken, sich aber nicht die Mühe genommen haben, den Zettel auf die Post zu bringen. Ihre Meinung können aber alle bei der hoffentlich bald stattfindenden Gemeindeabstimmung kundtun.

2. Im Vaterland spricht man vom «Handy-Streit», wir sprechen aber von der gesundheitsschädigenden Strahlung der Mobilfunkantennen. Der kleine, aber wichtige Unterschied: Mit den gepulsten Hochfrequenzstrahlen der Mobilfunkantennen schädigen wir die Gesundheit aller, 24 Stunden rund um die Uhr. Wir können uns davor nicht schützen, niemand, auch nicht in den Häusern und Schlafzimmern. Mit dem Handy schadet jede und jeder in erster Linie nur sich selbst. Das ist für uns ein grosser, ein entscheidender Unterschied.

3. Erste Reaktionen ebenfalls besorgter Menschen aus dem Liechtensteiner Talraum: «Wenn ihr das schafft, dass keine Mobilfunkantennen bei Euch aufgestellt werden, dann steigen dort aber die Bodenpreise enorm. Alle strahlenempfindlichen Leute werden eine Rückzugsmöglichkeit am Triesenberg suchen...»

Haben wir also nur die Wahl zwischen gesundheitsschädigenden Mobilfunkantennen und der totalen «Überfremdung» durch flüchtende Talbewohner? Ich habe keine Angst: Wir haben seit kurzem ja gottseidank eine klare Bauzone, die auf der Rheinalseite für rund 35 000 Menschen Platz bietet. Ein Weilchen können wir also noch «Strahlen-Asylsuchende» aufnehmen. Für das Alpengebiet Steg und Malbun inklusive alle Alpen sehe ich noch weniger Probleme. Das Argument, dass man dort «strahlenfreie Ferien und Wochenend-Erholung geniessen» kann und dass man dort zudem «unerreichbar» ist, bedeutet in Zukunft beste Werbung. Davon bin ich langfristig gesehen überzeugt. Wer unsere mobilfunkkranke, gestresste Gesellschaft auch noch so wohlwollend be-

obachtet, stellt fest, dass uns die Mobilfunktechnik sehr wenig Stress abgenommen hat...

Es ist gemäss verschiedensten ärztlichen und wissenschaftlichen Gutachten erwiesen, dass Stress Krankheiten, insbesondere Krebs, verursacht. Zudem ist ebenfalls bewiesen, dass unser Nervensystem, vor allem in der Schlafphase, Melatonin produziert. Diese Substanz ist für unser Immunsystem wichtig. Wird die Produktion von Melatonin unterbunden (z.B. durch elektromagnetische Strahlung), haben Krankheitskeime ungestörte Entfaltungsmöglichkeiten. Braucht man dann Hilfe, kann man bequem mit dem Handy den Arzt rufen. So schliesst sich der Kreis.

Zum Abschluss: Eine Frau, die offenbar in Malbun eine Ferienwohnung besitzt, meldete sich telefonisch bei mir und fragte besorgt, ob dort vor dem Alpenhotel wirklich eine 25 Meter hohe Antenne mit vier Anbietern aufgestellt werde. Wenn es nach der Mehrheit der Malbuner geht, sagte ich, dann bestimmt nicht. Wenn aber die Regierung und die Mehrheit des Triesenberger Gemeinderates das Sagen hat, dann schon. «Ich war auf den Malediven» in den Ferien, sagte die Frau. «Dort sind Funkanlagen und Mobilfunkantennen verboten. Sie haben Angst um ihre Korallenriffe und die Fische. Diese sind eine wichtige Existenzgrundlage für die vom Tourismus lebenden Inselbewohner...» Ob diese Frau ihre Ferienwohnung in Malbun wohl demnächst zum Kauf anbietet?

Es wird nun interessant sein zu verfolgen, welchem Rechtsgutachten der Triesenberger Gemeinderat mehr glaubt. Im Zweifel könnte er sich auch für die Demokratie entscheiden und die Initiative zur Abstimmung bringen. Dann müssten nicht die Initianten mit der Gemeinde vor Gericht, sondern diejenigen, welche mit unserer Gesundheit das Geschäft machen wollen. «Im Zweifel für die Initiative» wäre wahrscheinlich ein weiser Entscheid. Dann können die Betroffenen selbst entscheiden, ob sie die heute schon bekannten Risiken und die noch unbekannteren Risiken künftiger UMTS- und anderer Technologien gegen ihre Gesundheit und das heutige Wohlbefinden einzu tauschen möchten.

Klaus Schädler, Hag 545, Triesenberg

Die neuen Liechtensteinermacher

Wenn das bisherige Einbürgerungsgesetz nicht mehr in Ordnung sein soll, müssen wir uns vor der Abstimmung am 16. oder 18. Juni fragen, was wir denn so schlecht gemacht haben, als wir an der Urne einbürgerten? Haben wir an der Urne unser demokratisches Bürgerrecht missbraucht? Der Liechtensteiner Wähler wird dies verneinen. Die Einbürgerungswahlen wurden in der gleichen demokratischen Weise durchgeführt wie zum Beispiel die Gemeinderats- oder Landtagswahlen. Ein Kandidat für eine Volksvertretung muss mit der gleichen Wahlbeeinflussung rechnen wie ein Einbürgerungskandidat, der bereit sein sollte, in eine Volksvertretung gewählt zu werden. Befürworter wie Gegner versuchen vor jeder Wahl, den Wähler zu beeinflussen. Für den Wähler zählt das gesellschaftliche, das familiäre und das berufliche Ansehen des Kandidaten. Auch politische Stimmungen nehmen gelegentlich Einfluss auf eine demokratische Wahl,

wie zum Beispiel die jüngste massive Ablehnung von Einbürgerungen in der Schweiz oder die letzte hessische Landtagswahl zeigten. Wir müssen diese Eigenart einer demokratischen Wahl akzeptieren. Das vorgeschlagene Gesetz für eine erleichterte Einbürgerung ist eine Diskriminierung der demokratischen Wahl.

Wir müssen uns auch fragen, wer sind die neuen Liechtensteinermacher, wenn die Gesetzesänderung für eine «Erleichterte Einbürgerung alteingesessener Ausländer» angenommen würde und in der Folge jeder Einwanderer nach (vorläufig) 30 Jahren ohne grosse Formalitäten Liechtensteiner werden kann? In erster Linie sind es jene, die die Ausländer nach Liechtenstein holen und ihnen damit das Recht geben, Liechtensteiner zu werden. Diese Liechtensteinermacher wählen nicht nach der Fähigkeit aus, ob jemand für den Frieden und für die Stabilität im Lande beitragen kann und ob er sich in unsere Gesellschaft integrieren will oder kann. Erst wenn der Einbürgerungsantrag gestellt ist, fragen gemäss dem Gesetz die Gemeinderats- und endgültig die Regierungsmitglieder nach dem Strafregister und dem bisherigen Verhalten des Kandidaten. Das war bisher auch so. Mir ist nicht bekannt, dass in den letzten fünfzig Jahren eine Einbürgerung bezüglich des Verhaltens des Antragstellers von der Regierung abgelehnt wurde. Wir mussten jüngst die bittere Erfahrung machen, dass die Behörden unseres kleinen Landes gar nicht in der Lage sind, alle gefährlichen Unterwanderungen von aussen selbst zu erkennen. Wer ist also letztlich verantwortlich für den Einfluss der Einwanderungen auf das Volkswohl unseres Landes? Zu dieser Frage hat vor der Abstimmung noch niemand Stellung genommen. Obwohl wir seit 1945 ein Einwanderungsland sind, gibt es bei uns keine dynamische Einwanderungspolitik. Ich meine daher, wir müssen weiterhin verantwortlich an der Urne einbürgern. Das umfassende Gefühl und Gewissen der Wählerinnen und Wähler hat sich als zuverlässig erwiesen.

Wir können eine erleichterte Einbürgerung auf andere Weise erreichen. Zum Beispiel könnten Bürgerinitiativen loyale ausländische Mitebewohner als Kandidaten für die Wahl zur Einbürgerung vorschlagen, ähnlich wie es bei der Wahl der Volksvertreter geschieht.

Beda Meier, Schaanwald

Lieber Sigvard Wohlwend

Wenn man in letzter Zeit Ihre Leserbriefe gelesen hat, muss man sehr um Ihre Gesundheit bangen. Obwohl ich Sie noch nie in meinem Leben gesehen haben, kann ich mir vorstellen, dass Sie grün sein müssen im Gesicht. Nicht dass Sie aus einer anderen Galaxie kommen, aber wenn einer so viel Galle verspritzen kann, dann muss eine Menge Gift in seinen Adern fließen. Gute Besserung aus Triesen. Jasmin Collini-Heidegger, Triesen

Schaan - Transitspange?

Herr Jehle stellt im Leserbrief vom 6.6. richtig fest, dass jede Erhöhung der Strassenkapazität für den motorisierten Verkehr erfahrungsgemäss Mehrverkehr verursacht. Die von M. Jehle mitunterstützte

Umfahrungsstrasse von Schaan hätte eindeutig eine Erhöhung der Kapazität bedeutet und somit Mehrverkehr zur Folge gehabt. Zudem wäre unbelastetes Gemeindegebiet starken Verkehrs-Emissionen (Abgase, Feinstaub, Lärm) ausgesetzt worden. Die Schaaner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben die Umfahrungsstrasse in dieser Erkenntnis abgelehnt.

Ob der geplante Umbau der Strassenführung in Schaan gemäss genehmigtem Verkehrsrichtplan mehr motorisierten Verkehr verursachen wird, hängt von der Ausgestaltung ab. Erfolgt die Strassenraumgestaltung fussgänger- und fahrradgerecht und unter Bevorzugung der Liechtensteiner Busse, so wird die Verkehrskapazität für den motorisierten Verkehr nicht vergrössert. Und dies muss das Ziel einer verantwortungsbewussten Verkehrspolitik sein! VCL Verkehrs-Club Liechtenstein, Vorstand

Zum offenen Brief des «Forum Schulstruktur»

Stellungnahme des Gewerkschaftlichen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes (GLLV):

Geehrte Damen und Herren des «Forum Schulstruktur»!

Ihr jüngst veröffentlichtes 9-Punkte-Programm ist zweifellos gut gemeint und zeugt von einem grossen Engagement.

Allerdings scheinen Sie einer Missinterpretation der Situation zu unterliegen, wenn Sie die Eintretensdebatte im Landtag als «eindeutiges Signal» werten - «dass die vorgeschlagene eingliedrige Sekundarstufe keinen Anklang findet».

Erstens: 11 Abgeordnete stimmten für Eintreten auf das von der Regierung vorgeschlagene Reformmodell.

Zweitens: Es liegt in der Natur der Sache, dass ein so komplexes Modell nicht in allen Einzelheiten sofort Anklang findet.

Drittens: 22 Abgeordnete sprachen sich für eine Rücküberweisung an die Regierung aus - zur Überarbeitung «im Lichte der Eintretensdebatte». Dabei geht es sicher um jene Einzelheiten und nicht um den schon lange erzielten Grundkonsens eines «kooperativen Modells der Sekundarstufe I, in dem die Durchlässigkeit jederzeit gewährleistet ist.»

Viertens: Wir als gewerkschaftlicher Lehrerinnen- und Lehrerverband (GLLV) bedauern, dass Sie nicht schon früher den Kontakt mit uns gesucht haben, um sich über die Standpunkte der LehrerInnenenschaft zu informieren. Wir laden Sie hiermit gerne dazu ein.

Gewerkschaftlicher Lehrerinnen- und Lehrerverband (GLLV) (www.schulen.li/gglv)

REKLAME

Advertisement for TREBOSA Beton, featuring a logo with a globe and contact information for Churerstrasse 69, FL-9446 Nardello.

REKLAME

Large advertisement for the 75th anniversary of the Turnverein Schaan, including details about the program on June 17th and 18th, and the main sponsor, Landesbank.